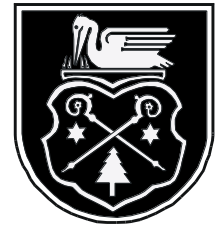


Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt



N I E D E R S C H R I F T

**27. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024**

Sitzungstermin: Dienstag, 07.02.2023
Sitzungsbeginn: 18:31 Uhr
Sitzungsende: 21:16 Uhr
Sitzungsort: Feuerwache Luckenwalde, Hermann-Henschel-Weg 112,
14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Herr Matthias Grunert

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Jörg Kirstein

Herr Andreas Krüger

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Felix Thier

Frau Nadine Walbrach

Herr Martin Zeiler

Sachkundige Einwohner-

Herr Ralf Eyssen

Herr Rayk Riese

Herr Ronny Springer

Frau Ina-Christin Wilke

Verwaltung-

Herr Ekkehard Buß

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Dirk Ullrich

Frau Lisa Schley

Gast-

Frau Dietlind Biesterfeld

Herr Erik Haase

Herr Silvio Kahle

Herr Bernd Herzog-Schlagk

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

Vertreter für Herrn Jurtzik

Vertreter für Herrn Scheidler

Vertreter für Herrn Neumann

bis 20:01 Uhr

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Norbert Jurtzik
Herr Jochen Neumann
Herr Erik Scheidler
Herr Harald-Albert Swik
Frau Karin Wegel

Sachkundige Einwohner-

Herr Tankred Flach
Herr Jan Gabelmann
Frau Corinna Herold
Herr Uwe Kuhlmeier
Frau Kerstin Reiter

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2022
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 51/2023 „Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming“ B-7423/2023
- 5.2. Einleitungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes in Teilbereichen (hier: Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming) B-7424/2023
- 5.3. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 50/2022 "Frankenfelde Wohnbebauung Dorfstraße 58" B-7425/2023
- 5.4. Antrag - Wie geht es mit Luckenwaldes Industrieruinen weiter? - Fraktion CDU A-7065/2023
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
- 7.1. Information zur Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur in der Stadt Luckenwalde
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2022
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
12. Informationen der Verwaltung
13. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind neun Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2022

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Jürgen beantragt, nach Geschäftsordnung § 5 Absatz 2 einen weiteren Tagesordnungspunkt mit Namen „Sofortiger Stopp der Durchforstung im Stadtwald“ aufzunehmen. Die Dringlichkeit begründet sie damit, dass die Arbeiten gerade im Gange sind und dass eine spätere Beschäftigung mit dem Thema zu spät sei.

Frau Walbrach unterstützt den Antrag.

Herr Grunert spricht sich dagegen aus. Eine Anfrage zu diesem Thema sei noch nicht beantwortet und ohne umfassendes Bild wäre eine Beurteilung nicht möglich.

Frau Dr. Jürgen sieht die Anfragen und den Antrag voneinander losgelöst. Die Anfragen seien sehr allgemein formuliert, der Antrag bezieht sich auf die aktuelle Maßnahme.

Herr Gruschka betont, dass die Tagesordnung fristgemäß erstellt wurde. Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte verletze das wichtige Öffentlichkeitsprinzip. Eine Dringlichkeit

erfordert die Entscheidungsbefugnis des Gremiums, die bei dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt nicht gegeben ist. Die Aufnahme des Tagesordnungspunktes wäre eine Rechtsverletzung und müsse von der Bürgermeisterin beanstandet werden. Der Antrag sei demnach nicht zuzulassen.

Frau Dr. Jürgen ist sich sicher, dass die Dringlichkeitsregelung analog auch für die Ausschüsse gilt. Das Thema dulde keinen Aufschub.

Herr Gruschka kann die Analogie nicht nachvollziehen, da im Ausschuss keine Entscheidungen getroffen werden, die vorzuziehen wären.

Herr Thier fragt, ob die Stadtverordnetenversammlung darüber beschließen kann oder in den Fachausschuss verweisen wird.

Herr Gruschka kann das nicht beantworten und gibt zu bedenken, dass auch für die Stadtverordnetenversammlung die Ladungsfrist besteht.

Frau Dr. Jürgen betont, dass die Stadtverordneten die Geschäftsordnung beschlossen haben und demnach auch über die Dringlichkeit entscheiden könnten.

Herr Nerlich spricht sich dafür aus, den Tagesordnungspunkt aufzunehmen und statt eines Beschlusses eine Empfehlung an die Verwaltung abzugeben. Eine Beratung über das Thema sei unschädlich.

Herr Grunert kritisiert die Dringlichkeitsbegründung, da diese auf der Unterstellung beruhe, die beauftragte Firma mache etwas falsch.

Herr Thier stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen und ohne weitere Diskussion darüber abzustimmen.

Herr Gruschka lässt den Antrag wegen der Verletzung des Öffentlichkeitsprinzips nicht zu.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 5. Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 51/2023 „Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming“ B-7423/2023

Frau Schley, Frau Biesterfeld, Beigeordnete und Dezernentin im Landkreis Teltow-Fläming und Kreisbrandmeister **Herr Kahle** erläutern die Beschlussvorlagen B-7423/2023 und B-7424/2023 (Anlage 1).

Herr Thier möchte wissen, ob das Feuerwehrtechnische Zentrum während der Bauarbeiten weiterbetrieben wird.

Herr Kahle bestätigt dies.

Herr Zeiler fragt in Bezug auf die „Reduzierung der Emissionskonflikte“, ob solche bereits bekannt sind.

Frau Schley verneint und verweist auf die noch ausstehenden Untersuchungen und Gutachten.

Auf Nachfrage von **Herrn Eyssen** bestätigt **Herr Kahle**, dass mit der Feuerwehr Luckenwalde eng zusammengearbeitet wird und die Truppführerausbildung in der Luckenwalder Feuerwache stattfindet.

Auf Nachfrage von **Herrn Riese** erklärt **Herr Kahle**, dass es zu dem Standort keine Alternative gibt. Das Grundstück gehört dem Landkreis, hat eine ausreichende Größe und befindet sich in zentraler Lage im Landkreis.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Für die Fläche in der Gemarkung Frankenfelde, Flur 4, Flurstück 33/6 und 33/5 (teilweise) wird der Bebauungsplan Nr. 51/2023 „Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming“ aufgestellt.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt sein kann, sind über die Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten und zur Äußerung aufzufordern.
3. Im Rahmen einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung informiert. Es wird ihnen Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird im Rahmen einer Informationsveranstaltung durchgeführt. Im Anschluss an diese Informationsveranstaltung wird den Bürgern 30 Tage Gelegenheit gegeben, die Planunterlagen einzusehen und sich zu äußern.
4. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, einen städtebaulichen Vertrag zur Übertragung der Planungsleistungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 51/2023 „Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming“, zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Fortschreibung des Landschaftsplanes gemäß § 11 BauGB abzuschließen.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Zustimmung empfohlen

TOP 5.2. Einleitungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes in Teilbereichen (hier: Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming)

B-7424/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Für eine Teilfläche des Flächennutzungsplanes im Bereich des Feuerwehrtechnischen Zentrums Teltow-Fläming wird ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan mit der Bezeichnung Nr. 16/2023 „Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming“ eingeleitet.
Ziel der Änderung ist die Vorbereitung der Nutzung einer Teilfläche als Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt sein kann, sind über die Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten und zur Äußerung aufzufordern.
3. Im Rahmen einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung informiert. Es wird ihnen Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird im Rahmen einer Informationsveranstaltung durchgeführt. Im Anschluss an diese Informationsveranstaltung wird den Bürgern 30 Tage Gelegenheit gegeben, die Planunterlagen einzusehen und sich zu äußern.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0
Zustimmung empfohlen

TOP 5.3. **Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum** **B-7425/2023**
Bebauungsplan Nr. 50/2022 "Frankenfelde
Wohnbebauung Dorfstraße 58"

Herr Haase vom Büro IDAS erläutert den Bebauungsplan (Anlage 2).

Auf Nachfrage von **Frau Walbrach** erklärt **Herr Haase**, dass es sich bei der gestrichelten Linie auf dem Grundstück WA 4 um eine Feldscheune als Bestandsgebäude handelt, die als Nebenanlage weiterhin genutzt werden kann.

Frau Walbrach fragt, ob auf dem Grundstück WA 3 mit dieser Ausrichtung ein Terrassenbau möglich ist.

Herr Haase bittet, eine Änderung der Beschlussvorlage zu beachten: Auf dem Grundstück WA 3 wird das Baufeld von 12 m Breite auf 15 m vergrößert. Die Änderung wird zur Stadtverordnetenversammlung vorliegen.

Frau Walbrach fragt nach der trapezförmigen Zufahrt.

Herr Haase erklärt, dass die Schleppkurve für einen möglichen Feuerwehreinsatz eingeplant wurde. Die Müllabfuhr nutzt die Zufahrt nicht, sondern holt die Tonnen vorne ab. Es gibt keine gemeinsame Sammelgrube, aber an der Zufahrt eine kleine Druckstation.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Auswertung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird gebilligt (Anlage 1, Stand 23.01.2022).
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 50/2022 "Frankenfelde Wohnbebauung Dorfstraße 58" (Anlage 2, Stand 23.01.2023) mit der dazugehörigen Begründung (Anlage 3, Stand: 23.01.2023) wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 50/2022 "Frankenfelde Wohnbebauung Dorfstraße 58" mit der dazugehörigen Begründung wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt, gleichzeitig werden die betroffenen Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0
geändert empfohlen

TOP 5.4. **Antrag - Wie geht es mit Luckenwaldes** **A-7065/2023**
Industrieruinen weiter? - Fraktion CDU

Frau Walbrach begründet den Antrag.

Frau Herzog-von der Heide bittet darum, den Bedarf an der Broschüre zur Leerstandskonferenz zu melden, damit diese für 18 Euro beschafft werden kann. In einer der nächsten Sitzungen will die Verwaltung darlegen, was in Sachen Brachenbeseitigung in letzter Zeit passiert ist. Danach könne man den Antrag gegebenenfalls wieder aufgreifen. In den Sanierungsgebieten werden die Eigentümer generell befragt.

Herr Riese wünscht sich ein fortlaufendes Monitoring anstelle einer Auflistung. Die Bilanz sollte ständig aktuell gehalten und einmal im Jahr im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Eyssen möchte, dass die städtischen Grundstücke ebenfalls betrachtet werden.

Frau Herzog-von der Heide will die Themen der Reihe nach abarbeiten.

Herr Thier spricht sich dafür aus, die Punkte des Antrages schon jetzt anzugehen.

Frau Herzog-von der Heide will doppelte Arbeit vermeiden.

Frau Walbrach hält eine Evaluation der tollen Leerstandskonferenz für dringend erforderlich.

Frau Herzog-von der Heide betont, wie vielschichtig die Entwicklung der sehr unterschiedlichen Industriebrachen in Luckenwalde ist. Die Anregungen aus der Konferenz fließen in die Arbeit der Verwaltung mit ein.

Frau Dr. Jürgen unterstützt den Antrag. Es gehe nicht darum, die Verwaltung zu kritisieren; die Schwierigkeit des Themas sei bekannt. Eine Übersicht für die Stadtverordneten sei jedoch wichtig.

Herr Nerlich hält es für sinnvoll, die Eigentümer der Brachen anzuschreiben, Bedarfe abzufragen und Druck aufzubauen. Er schlägt vor, die einzelnen Punkte des Antrages zu splitten, um die Arbeit für die Verwaltung zu entzerren.

Herr Grunert sieht keinen Mehrwert in den eventuell eingehenden Antworten der Eigentümer.

Frau Walbrach hält an dem Antrag mit einer kleinen Änderung fest. Im Punkt 4 soll „vor der Sommerpause 2023“ durch „im Herbst“ ersetzt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Alle Eigentümer der leerstehenden Industrieruinen werden innerhalb der nächsten 10 Wochen angeschrieben und es wird nachfolgendes erfragt:
 1. Was haben Sie mit Ihrer Immobilie vor?
 2. Welches Nutzungskonzept ist geplant, welche Idee der Nutzung Ihres Gebäudes haben Sie?
 3. Haben Sie eine Sanierung Ihrer Immobilie geplant und wenn ja, in welchem Zeitraum soll diese erfolgen?
 4. Benötigen Sie Hilfe bei der Umsetzung, wenn ja - welche?
2. Die Ergebnisse der Umfrage werden der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 mitgeteilt.
3. Außerdem werden alle weiteren Eigentümer leerstehender Gebäude in unserer Stadt angeschrieben und es wird nachgefragt:
 1. Was haben Sie mit Ihrer Immobilie vor?
 2. Möchten Sie diese entwickeln oder eventuell verkaufen?
 3. Benötigen Sie hierzu Hilfe?
4. Die ersten Ergebnisse werden uns zeitnah in der Stadtverordnetenversammlung, jedoch vor der Sommerpause 2023 vorgestellt.
5. Die Ergebnisse der Leerstandskonferenz vom Oktober 2018 werden in der Stadtverordnetenversammlung zeitnah, spätestens im Mai 2023 vorgestellt.

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0
geändert empfohlen

TOP 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 6.1. Sanierung Rudolf-Breitscheid-Straße

Herr Eyssen schlägt vor, aus dem zu sanierenden Stück der Rudolf-Breitscheid-Straße eine Einbahnstraße zu machen.

Herr Ullrich gibt zu bedenken, dass sich dadurch die Verkehrslast verdoppeln würde. Ein Verschieben der Fahrbahn in die Mitte und eine Verbreiterung der Gehwege ist wegen des Denkmalschutzes nicht möglich.

TOP 6.2. Sanierung Meisterweg

Herr Eyssen hält es für überflüssig, die Gehwegplatten im Meisterweg zu ersetzen. Diese seien alt, aber intakt.

Herr Ullrich antwortet, dass die Platten zum Zeitpunkt der Sanierung etwa 30 Jahre alt sein werden. Auf der Seite des Stadtparks sind sie zum Teil hochgedrückt und haben wegen der fehlenden Entwässerung Schaden genommen.

TOP 6.3. Müll am Parkplatz Gaswerk

Herr Eyssen gibt den Hinweis, dass das ehemalige Gaswerkgelände oft vermüllt ist.

TOP 6.4. Sanierung Buchtstraße

Herr Kirstein berichtet von der neu sanierten Buchtstraße. Das Ziel der Verkehrsberuhigung konnte nur zum Teil erfüllt werden. Die Anwohner haben große Probleme beim Ein- und Ausfahren zu den Grundstücken.

Herr Eyssen hält weiterhin eine Einbahnstraße für die bessere Variante.

Herr Ullrich betont, dass die Anwohner alle befragt wurden und sie die Einbahnstraßenregelung mehrheitlich ablehnten.

TOP 6.5. Hutfabrik

Frau Walbrach fragt, ob die Stadtverwaltung dem Landkreis melden sollte, dass die ehemalige Hutfabrik in einem schlechten Zustand ist. Sie möchte weiterhin wissen, ob die Stadt es versäumt habe, auf den Denkmalcharakter der Kunsthalle hinzuweisen.

Frau Wilke erläutert, dass die Untere Denkmalschutzbehörde beim Landkreis bereits Sicherungsmaßnahmen an der Mendelsohnhalle durchgeführt hat und gerade mit einem Klageverfahren versucht, die Kosten dafür vom Eigentümer zurück zu bekommen. Sie fragt, ob die Stadt Luckenwalde sich vorstellen könnte, das Gebäude nach einer Enteignung zu übernehmen.

Die Unterdenkmalstellung obliegt dem Landesdenkmalamt und dort habe man bezüglich der Kunsthalle nachgefragt. Das Stadtplanungsamt spreche sich häufig mit der Unteren Denkmalschutzbehörde ab.

Herr Eyssen sieht die Bürger in der Pflicht, Denkmalwürdiges dem unter Personalnot leidenden Landesdenkmalamt zu melden.

TOP 6.6. Durchforstung im Stadtwald

Frau Dr. Jürgen fragt mit Bezug auf den Antrag der LÖS-Fraktion, was die Stadt mit den Waldstücken plant. Es scheint nicht nur um die Entfernung von Tot- und Schadholz zu gehen, sondern auch um wirtschaftliche Interessen. Sie fragt, ob das zu den Zielen nachhaltige Waldwirtschaft und Klimaschutz passt.

Frau Herzog-von der Heide stellt in Aussicht, die Grundsätze der städtischen Waldbewirtschaftung demnächst zu präsentieren und dabei auch die Fragen zu beantworten. Derzeit geht es nicht nur um Totholz, sondern auch um das Ernten und Veräußern von Holz. Mit den Einnahmen wird aufgeforstet und nachgepflanzt. Dass nicht nach den Regeln der Technik gearbeitet werde, ist falsch, kann aber von den Beauftragten besser erläutert werden. Neben der wirtschaftlichen Verwertung spielen der Erholungscharakter und die Verkehrssicherung eine Rolle.

Frau Dr. Jürgen interessiert sich auch dafür, ob die Verwaltung mehrere Expertenmeinungen zum Thema eingeholt hat.

Frau Walbrach fragt, ob weitere Waldstücke betroffen sind.

Frau Herzog-von der Heide ist diesbezüglich nichts bekannt.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

TOP 7.1. Information zur Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur in der Stadt Luckenwalde

Herr Ullrich und **Herr Buß** berichten über die Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur in der Stadt Luckenwalde (Anlage 3).

Herr Herzog-Schlagk von FUSS e. V. erläutert das Prinzip und die Vorteile der barrierefreien Gehwegüberfahrten in Luckenwalde (Anlage 4).

Herr Thier fordert Kinder- und Jugendbeteiligung bei diesem Thema.

Herr Buß verweist auf die ausführliche Kinder- und Jugendbeteiligung zum Klimaschutz- und Energiekonzept, das sich thematisch überschneidet. Die Ergebnisse fließen hier mit ein.

Herr Riese verlässt die Sitzung.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Jürgen** berichtet **Herr Ullrich**, dass die Parkstraße als mögliche Fahrradstraße zur Debatte steht. Der Schulbus müsste eine andere Route nehmen und man könnte die Einbahnstraßenregelung aufgeben. Auch an der Burg ist ähnliches geplant. Die Zufahrt zu Kaufland soll über den Kreisverkehr in der Salzufler Allee erfolgen. In der Poststraße könnte man darüber nachdenken, wenn der Stadtbus die Straße umfährt und der Knotenpunkt an der Polizei neugestaltet ist.

Frau Dr. Jürgen vermisst am Freibad und am Kino gute Fahrradbügel und schlägt für das nächste Stadtradeln die Kategorie „gefährte Einzelstrecken“ vor. Des Weiteren wünscht sie sich mehr Zeit in der Beratungsfolge von Konzepten. Werden solche in den Ausschüssen vorgestellt und dann direkt in der darauffolgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, bleibe den Fraktionen kaum Zeit, um Fragen zu stellen oder Ideen einzubringen.

Frau Walbrach betont die Wichtigkeit von sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und wünscht sich eine einheitliche Farbgebung von Fuß- und Radwegen.

Auf Nachfrage von **Herrn Grunert** bestätigt **Herr Buß**, dass die Stellplatzsatzung auch auf Lastenfahrräder Bezug nimmt und die Sicherheitsbügel am Frankenfelder Berg angepasst werden.

TOP 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 21:12 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00